



**Reden und Presseberichte anlässlich der Preisverleihung im Rathaus Bielefeld
am 12.11.1999 an Widerspruch e.V.**

	Seite
➤ Eröffnung durch den DGB- und Aufsichtsratsvorsitzenden der „Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut“ Jürgen Frodermann	2
➤ Festvortrag der Preisträgerin des Jahres 1997 Dr. Regine Hildebrandt	6
➤ Friederike Schleiermacher, Widerspruch e.V., zum Thema: Über die Notwendigkeit des Widerspruchs	17
➤ Grußwort des Sozialausschussvorsitzenden der Stadt Bielefeld, Günter Garbrecht	21
➤ Pressespiegel	Anhang

Eröffnung durch den DGB-und Aufsichtsratsvorsitzenden Jürgen Frodermann:

Sehr geehrte Damen und Herren,

den offiziellen Vertreter der Stadt Bielefeld kann ich noch nicht begrüßen, aber er wird noch eintreffen, er ist unterwegs aus Münster. Sie haben im Programm gesehen, Herr Dr. Wend ist direkt nach mir vorgesehen für ein Grußwort. Deshalb müssen wir es leider umstellen.



Ich darf mich sehr herzlich bedanken, dass Sie alle unserer Einladung gefolgt sind zu diesem Tag, dem 3. Mal, das wir den Förderpreis der Solidarität vergeben. Ich will nur kurz in Erinnerung rufen, wie das zustande gekommen ist und was dahinter steht. Es hat ganz einfach einige Menschen in der Stadt Bielefeld gegeben, die auf Initiative von Franz Schaible hin sich überlegt hatten, dass doch gerade in diesen Zeiten der sozialen Kälte, wachsender Arbeitslosigkeit, der Armut und in Zeiten, wo Menschen eben viele Probleme haben und von vielen Nöten ganz direkt gequält sind, man versuchen sollte, ein Zeichen zu setzen. Und zwar nicht nur ein Appell, einen Aufruf, eine Denkschrift oder ein Flugblatt. Sondern einfach zu sagen, wir möchten mal einige Menschen, einige Institutionen, die sich sozusagen *entgegen dem Trend* verhalten - also nicht mit Ellenbogen arbeiten, nicht nach dem Vorgehen „Hauptsache ich“, alles andere ist mir egal, die sich also um die Menschen kümmern, um ihre Probleme - die würden wir gerne etwas hervorheben.

Wir haben das gemacht, in dem wir einen Preis vergeben. Es gibt einen Preis - er existiert in realer Form, in einem D-Mark Betrag, der keine astronomischen Höhen hat, aber mit dem man etwas anfangen kann - und wir würden damit eine Institution oder eine Person ehren. Dadurch würde der Preisträger hier in der Öffentlichkeit die Medien für sich haben und darüber genannt und auch bekannt werden. Diese Person oder diese Einrichtung erhält den „Förderpreis der Solidarität“ und soll dann selbst überlegen, wer damit ausgezeichnet werden könnte, an wem er das dann weiter geben könnte. Vor zwei Jahren haben wir das das erste Mal gemacht und ich darf mich besonders freuen, dass unsere 1. Preisträgerin, Frau Regine Hildebrandt, heute anwesend ist, um die Festrede zu halten. Ich darf meiner Freude besonderen Ausdruck geben, dass es mit meinem Versprechen geklappt hat, dass bei ihrem nächsten Besuch besseres Wetter herrscht.

Auch Frau Hildebrandt hat bei ihrer Preisverleihung bekannt geben können, an welche Institution sie den Preis weitergeben wird, und da ist bereits geholfen worden. Ich denke da vor allen Dingen an dieses Theater *für Behinderte von Behinderten*, die jetzt endlich in der Lage sind, auch ihren Proberaum zu erreichen - und hoffentlich auch mit der Aktion ein bisschen bekannter geworden sind, Auftrittangebote erhalten und damit ihre nützliche und sinnvolle Arbeit weitermachen können.

Wir hatten dann im letzten Jahr als Preisträger den Dachverein der Arbeitsloseninitiative aus Frankreich. Auf die sind wir gekommen über die Protestaktionen, die in Frankreich ausgelöst worden sind, und deren Folge eben auch die Aktionstage von Arbeitslosen, Arbeitsloseninitiativen und Gewerkschaften im Jahre 1998 in Deutschland waren. Wir waren der Auffassung, hier ist ein Beispiel gesetzt worden für Menschen, die unverschuldet in Not geraten sind, und eben nicht nur Bittsteller sein müssen und Kürzungen und andere Demütigungen ertragen müssen. Sondern die eben selbstbewusst für ihre Rechte auf die Straße gehen. Das zu fordern, was ihnen zusteht und eben damit auch deutlich machen, man muss sich einmischen, wenn man etwas ändern will an seiner Lage. Aber eben auch an der gesellschaftliche Lage etwas zu verändern. Preisträgerin war im letzten Jahr Claire Jail, die uns versichert hat, diesen Tag in Bielefeld in angenehmer Erinnerung zu halten. Die Freude der Preisverleihung, mit der die Arbeit der französischen Arbeitsloseninitiative verbessert werden konnte. Sich auch weiterhin in Politik, und im Zweifel an dem Geschehen in ganz konkreter Aktion einzubringen.

Wir hatten für 1999 den Preis wiederum ausgeschrieben und wir mussten feststellen, bundesweit sind wir noch nicht so bekannt, wie wir sein möchten – wir haben natürlich den Anspruch, aus möglichst vielen Teilen der Republik Beispiele präsentiert zu bekommen, wo vorbildliche Arbeit gemacht wird, die eben über das Maß hinausgeht, eine Papierform zu sein.

Wir waren uns sicher, auch in diesem Jahr in der Lage zu sein, unter mehreren Vorschlägen auswählen zu können. Wir waren auch der Auffassung, nachdem wir Frau Hildebrandt geehrt haben - eine Person des größten Verbandes, der hier jemals bestanden hat - dass wir im Jahr 1999 jemanden auswählen sollten, der eben nicht über diesen Bekanntheitsgrad verfügt. Jemand, der sich vor allen Dingen damit auszeichnet, seit vielen Jahren fast nur auf ehrenamtlicher Basis und gegen viele Widerstände Menschen, die in Not geraten sind, tatsächlich pragmatische Hilfe bieten zu können.

Wir wollen in diesem Jahr auszeichnen: Den Bielefelder Verein „Widerspruch e.V.“



Wir haben auch wiederum den gleichen Rahmen gewählt, den Sitzungsrat im neuen Rathaus der Stadt Bielefeld. Wir haben auch andere Initiativen aus Bielefeld und der Umgebung eingeladen, sich heute hier mit uns zu beteiligen. Ich darf Sie daher alle bitten, dass Sie im Anschluss an die Veranstaltung auch genug Zeit haben, sich die Stände mal anzusehen, mit Kollegen und Kolleginnen darüber zu sprechen, welche Erfolge oder Misserfolge sie haben. Insbesondere hier neben mir hat der Verein Widerspruch e.V. mit

einer sehr anschaulichen Infowand dargestellt, worin ihre Arbeit besteht. Es sind auch viele der

ehrenamtlichen Mitarbeiter hier. Ich würde mich freuen, wenn es im Anschluss zu einem intensiven Gespräch kommt, um sich auch ein Bild von der Arbeit machen zu können, die in Bielefeld eher im Stillen erfolgt. Und unter anderem auch mit dieser Veranstaltung der Bekanntheitsgrad gesteigert wird. Das die Menschen, die in Not sind und die Probleme damit haben, die ihnen zustehende Sozialhilfe zu bekommen, oder Probleme mit ihrem Umfeld haben, ohne Scheu die Arbeit des Vereins, der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, in Anspruch zu nehmen.

Auch die öffentlichen und kommunalen Einrichtungen stellen fest, dass der Verein nicht eine Belastung, Kritik oder Störung darstellt - sondern im Gegenteil, sich mittlerweile der Auffassung anschließen, dass der Verein Widerspruch e.V. ein Partner in diesem Geschäft ist. Das es da kompetent zugeht und das es sehr hilfreich ist.

Preisverleihung



Wir denken, die Entscheidung war richtig. Deshalb soll man uns nicht den Vorwurf machen, wir würden nur Bielefelder Einrichtungen auszeichnen. Diesmal ist es bundesweit so vorbildlich - insbesondere wegen der zuvor fast ausschließlich ehrenamtlichen Arbeiten, die weit über das Maß hinaus geleistet werden -, das wir uns, freuen den Preis zu übergeben.

Das will ich jetzt tun und würde Sie, Frau Hildebrandt, und Herrn Schaible gerne bitten, etwas behilflich zu sein, denn der Preis besteht aus drei Teilen und ich darf die Vertreterin des Vereins noch dazu bitten.

Ich denke, in diesen harten Zeiten war das jetzt eben ein sehr schöner Augenblick, soviel geballte Freude zu sehen. Meine Damen und Herren, ich habe meiner Freude bereits Ausdruck gegeben, dass wir feststellen konnten, es hat geklappt, Frau Dr. Regine Hildebrandt heute hier nach Bielefeld zu bekommen und sie als 1. Preisträgerin hier zu haben. Und auch als Dankeschön an alle Institutionen, an alle Vereine zu den Themen, die uns bewegen, die Festrede zu halten und hier zur Verfügung zu stehen und ihre Gedanken, ihre Wünsche auch zum Ausdruck zu bringen.

Festvortrag der Preisträgerin des Jahres 1997 Dr. Regine Hildebrandt

Liebe Preisträgerinnen und Preisträger,
liebe Anwesenden und Gäste zur der Veranstaltung,

Ich freue mich ausdrücklich, dass ich entlastet worden bin von dem Begriff Festrede - denn Festrede, da kriege ich Angst. Ich möchte gerne meine Gedanken dazu äußern und auch *Feste feiern*, aber *Festrede* hört sich immer so offiziell an. Die Medien haben auch schon angefragt, ob sie die Rede vielleicht haben könnten - so eine Festrede bin ich nicht in der Lage zu halten, die man auch noch mit nach Hause mitnehmen kann.

Ich kann deshalb gleich anfangen mit einer kleinen Ergänzung zu dem, was heute schon gesagt worden ist. Vor zwei Jahren habe ich den Preis entgegen nehmen können. Der Preis 1997 war für den



Einbau eines Fahrstuhls in ein Theater im Cottbus gedacht, das behindertengerecht ausgestattet werden sollte. In die 2. Etage des Theaters mussten die behinderten Gäste und behinderten Schauspielerinnen und Schauspieler hochgetragen werden. Ein Teil der Finanzierung dieses Fahrstuhls sollte also unser Preis sein für diese wichtige Arbeit gerade in Brandenburg - mehr im östlichen Bereich, also dicht der Grenze bei Polen und der Tschechei.

Da wollten wir, dass da geholfen wird und ich hoffe, es ist auch geholfen worden - aber es dauert alles zulange. Mit anderen Worten, in 14 Tagen oder 3 Wochen bin ich da, um diesen Fahrstuhl endlich in Betrieb zu nehmen und nachher freue ich mich besonders, ein Stück der Einheit - Cottbus. Ja, das war das Erste, was ich gerne sagen wollte, aber nun wird es ernster.

Wenn wir uns überlegen - Preis der Solidarität, Gedanken machen über Sozialhilfe und Solidarität in Deutschland - dann hat man, in der Situation, in der wir uns befinden, manchmal Angst. Die öffentliche Darstellung ist die, dass, nachdem wir etliche Jahre eine konservativ-liberale Koalition in Deutschland hatten, wir dachten, nun kommt die SPD ran und es wird alles gut.

Die Frage ist, *ist es so* und wenn es nicht so ist, *könnte es anders sein* oder musste die Entwicklung so kommen, wie sie jetzt ist. Man wird an seinen Grundsätzen der Sozialdemokratie, meiner Partei hier in Deutschland, manchmal fast stutzig. *Fast* stutzig - und deswegen möchte ich beginnen mit einer Beruhigung für alle, die sich gleichermaßen Sorgen machen wie ich, auch die richtigen Zielvorstellungen zu haben. Ich habe Ihnen etwas Aktuelles mitgebracht.

Ich denke, die Sozialdemokratie ist ganz wichtig, und die sozialistischen Parteien treffen sich immer auf der sozialistischen Internationalen. Das haben sie auch jetzt vor in dieser Woche, um sich dort zu verständigen über das Bewusstsein, dass die einzelnen Regionen, die einzelnen Länder unterschiedliche Wege gehen. Dass sie aber gemeinsame Ziele noch haben, die man auch definitiv beschreiben kann. Wir sind nämlich nicht am Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts, sondern wir sind (und die Mehrheit zeigt es auch in Europa), wir sind trotz der Schwierigkeiten von Globalisierung und allen möglichen anderen, am Anfang eines sozialdemokratischen Jahrhunderts. Wir müssen die Verteilungsprobleme, die Gerechtigkeitsprobleme und die Bedingungen, die wir jetzt haben unter den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, lösen. Deshalb ist es so wichtig, wie Gerhard Schröder deutlich gemacht hat:

Trotz aller Differenzen ist es so, dass - sowohl in Deutschland, als auch in Frankreich, als auch in England - hier in Europa die gleichen Zielvorstellungen, die gemeinsamen Werte sind. Wie es heißt für Deutschland „Freiheit und soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung“. Diese Werte sind Grundlage unserer Politik. So steht es im Leitantrag des Parteivorstandes der SPD beim Bundesparteitag, der hier in Kürze stattfinden wird. Für Frankreich sind es noch immer die drei Grundsätze der französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“. Das sind die Grundlagen, denen wir uns verpflichtet fühlen. So heißt es im Papier unserer französischen Freunde zur sozialdemokratischen Debatte. Und nun kommt das Papier von Tony Blair, das vielfach umstrittene. Auch dort ist es eine Frage der Auslegung der Interpretation oder *des Erahnens* - da ist ja wieder was im Busch, was in die falsche Richtung geht. Fairness, soziale Gerechtigkeit, Freiheit, Chancengleichheit, Solidarität und Verantwortung - diese Werte sind Zeitlos. Die Sozialdemokratie wird sie nie preis geben.

Das stelle ich an den Anfang. Das ist natürlich nun die Zielvorstellung. Die Frage ist, wie soll die Umsetzung aussehen? Sehen wir uns dazu noch in der Lage, mit der Politik, die jetzt gemacht wird? Die richtige Umsetzung dieser Zielvorstellungen realisieren zu können, ist das, was passiert. Ich hoffe, das dies wirklich deutlich wird. Nicht bloß mit dem, was ich versuche Ihnen zu vermitteln, sondern auch an dem, was wir an Politikgestaltung in nächsten Jahren erleben. Ich komme aus Ostdeutschland; Jahrzehnte in der DDR, in einer Situation gelebt, dass man wusste, was dort an Zielvorstellungen für die Politik ist - in der Form, wie es da gemacht worden ist – diese sind nicht meine. Ich möchte es anders haben. Theoretisch hätte man daran verzweifeln können. Wir haben aber gelernt, das Bestmögliche unter den Bedingungen zu machen. Das Mögliche war dabei viel weniger als das Mögliche, was man jetzt machen kann. Aber wir haben es getan und daraus ergab sich die Kraft, wieder weiter zu machen. Und immer wieder nur das nur Mögliche für die eigenen Ziele zu machen und nicht vor der Situation zu erschrecken.

Man sagt nun, wir haben uns vorgestellt, dass alles viel schneller und besser geht. Es gibt Umsetzungsschwierigkeiten, Kommunikationsschwierigkeiten und Diskussionen über das schnelle Erreichen unserer Ziele. Die gibt es jetzt und es gibt darüber Verunsicherungen, zum Teil Verzweiflungen und Frust. Und ich sage Ihnen, das Wichtigste ist, dass wir das, was man unter den

gegebenen Bedingungen machen kann, macht - und das auf allen Ebenen. Das gibt auch die Kraft, denn dann kommt man auch zu kleinen positiven Ergebnissen, die einen wieder beschleunigen, ja beflügeln können, weiter zu machen und wieder ein Stückchen weiter zu kommen. Ich habe immer gesagt: „Millimeterweise in der richtigen Richtung unterwegs sein“. Es ist besser als Stagnation und wir müssen natürlich die Geduld haben, weil die großen Sprünge wie Sie merken, nicht gelingen - und wie ich denke, auch im Moment nicht gelingen können. Das ist es, was ich Ihnen mitteilen wollte. Dies und Solidarität und auch Sozialhilfe in Deutschland. Drei große Komplexe, die ich heute ansprechen möchte.

Das Erste sind die gesetzgeberischen Initiativen und das, was der Gesetzgeber erledigen muss - was kein anderer tun kann. Der zweite ist, was kann die Bevölkerung - insgesamt die Gesellschaft - tun *und muss sie tun*, damit solche Politik möglich ist. Und das Dritte ist, was kann unter diesen Bedingungen praktisch umgesetzt werden. Wenn Sie sich überlegen, Sozialhilfe in Deutschland ist eine phänomenale Errungenschaft, wenn ich das mal so sagen darf. In der DDR seiner Zeit gab es solche Strukturen nicht. Natürlich nicht, dort war Arbeit da, und alle hatten nicht nur das Recht auf Arbeit, sondern auch die Pflicht zur Arbeit. Eine existentielle Absicherung gab es vorher nicht. Jetzt sind wir in der Bundesrepublik Deutschland und wir haben sie. Und oftmals wird darüber nicht etwa gejubelt, sondern es wird darunter gestöhnt, weil man die Sozialhilfe gar nicht als das, was sie damals mal war, empfindet - nämlich als selbstverständliche Verantwortung einer wohlhabenden, relativ wohlhabenden, Gesellschaft. In unserer Gesellschaft braucht keiner zu hungern und unter der Brücke zu schlafen. Wir sind uns alle darüber im klaren, dass wir wollen, das mit unseren Geldern hier jeder leben kann - auch wenn er unter Umständen selber schuld ist an der Situation, die er da hat (aber das wollen wir ihm ermöglichen). Also eine tolle Gemeinschaftsleistung innerhalb des Landes, der Gesellschaft und der Bevölkerung. Das soll bei uns der Standart sein.

In den vielen Jahren, die ich jetzt miterlebt habe, gibt es darüber Missbrauchsdiskussionen. Das Prinzip der Sozialhilfe kommt durch diese Missbrauchsdiskussionen in die Nähe einer ungerechtfertigten Inanspruchnahme öffentlicher Mittel. Dadurch kommt es, dass die Leute sich genieren und Angst haben, diese Mittel in Anspruch zu nehmen. Das ist eine Frage der gesellschaftlichen Befindlichkeit. Aber wenn Sie jetzt - deshalb sprach ich gerade von Ostdeutschland und von den Verhältnissen, die wir vor der Wende hatten -, nach Osteuropa fahren, und wenn Sie erleben können (wir haben ja jetzt die Möglichkeit, in Ostdeutschland die Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen), das die Menschen dort die Existenzsicherung überhaupt nicht haben, und unter welchen Bedingungen Menschen dort leben müssen, dann wird einem das, glaube ich, so richtig am praktischen Beispiel bewusst.

Meine Familie fährt mit dem Bus jedes Jahr im Sommer nach Rumänien auf den alten Wegen, auf den Straßen über Tschechei, Slowakei, Ungarn bis nach Rumänien und Russland. Wissen Sie, die kehren geheilt zurück mit ihrer „Mecker-Mentalität“. Sie kehren geheilt zurück, weil sie nämlich wieder ihren Blick auf die Dinge in den richtigen Maßstab gebracht haben. Und deswegen ist mir wirklich sehr wichtig deutlich zu machen, das Sozialhilfe in Deutschland eine wirklich große Gemeinschaftsleistung

ist - wenn denn die Menschen dazu stehen zu diesem Prinzip „große Gemeinschaftsleistung“. Wir wollen, dass bei uns im Land *wirklich jeder* das Existenzminimum, das vom Staat garantiert ist, in Anspruch nehmen kann. Mein Kummer ist die Frage: Wollen wir es denn alle noch - und stehen alle dahinter und sehen, dass es wirklich eine ausgesprochen positive Leitung ist, mit der wir uns auch schmücken können. Ist es so oder stellen wir fest, es ist schon lange nicht mehr? Dabei haben wir im Grundgesetz die Sozialstaatlichkeit verankert bei uns. Nicht die Marktwirtschaft. Sozialstaatlichkeit - das Sozialstaatsgebot - und eigentlich wollen wir auch die soziale Marktwirtschaft (hoffe ich jedenfalls). Und wir haben also jetzt den relativen Frust. Warum? Weil offensichtlich die Sozialhilfe überfordert worden ist durch die vielen Leistungen, die sie erbringen muss. Sie war nämlich für einen geringen Teil von Menschen, die nicht in der Lage waren, sich unter den Bedingungen zu ernähren. Heutzutage wird die Sozialhilfe in einer Art und Weise in Anspruch genommen, weil viele andere Leistungen in diesem Staat nicht erbracht werden wie z.B. die Frage Familie, Alterssicherung - die sind nicht Armutsfest und dem zufolge kommen jetzt Menschen in die Sozialhilfe, die eigentlich überhaupt nicht da rein gehören, weil sie normaler Weise über andere Sicherungssysteme abgesichert sein müssen.

Jetzt kommen wir zu dem Thema der grundsätzlichen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik Deutschland. Die erste Sache, die versucht worden ist zu dem Thema „Armut in einem reichen Land“ sind Denkschriften der evangelischen und katholischen Kirche und die Ausarbeitung der Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften. „Armut in einem reichen Land“ war die Überschrift und wen trifft es. Vor allen Dingen die Familien mit Kindern, und hier die Frage, muss das so sein? - ist das nicht anders machbar. Also, erstes Gebot zu überlegen, wie kriegt man Familien anders finanziert.

Darüber reden wir seit Jahren, wie Sie wissen. Dass weiß ich ja schon seit 10 Jahren. Insbesondere die Frage, wie werden Familien unterstützt bei der Kindererziehung, bei der Gestaltung ihres Lebens, wie werden sie finanziell durch gesetzliche Regelungen so gestellt, dass sie armutssicher sind. Und Sie wissen, da liegt es im argen, sonst wären nicht so viele Kinder in der Sozialhilfe. Und sonst wären es auch nicht gerade so viele Frauen. Dies ist die größte Gruppe, die durch die Kinder in Sozialhilfe kommen und was ist dann zu tun? Natürlich wäre mir am liebsten, wenn alle in der Lage wären, erwerbstätig zu sein und auch wirklich und als alleinerziehende Frauen arbeiten zu können. Ich erinnere bloß daran und bin stolz auf das Recht der Kindergartenbetreuung, das wir in Ostdeutschland schon immer kannten, das aber jetzt in der Bundesrepublik auch Platz gegriffen hat. Eine Voraussetzung, damit Frauen erwerbstätig sein können. Frage ist nur, ob sie *Arbeit haben* und darüber hinaus – unabhängig von dem Status, der Situation der Leute – wie wird die Familie, wie werden die Kinder, finanziell ausgestattet.

Ich denke, es ist wichtig, dass man sich daran freut, dass in den letzten 12 Monaten ein wirklich großer Sprung nach vorne gemacht worden ist mit der Kindergelderhöhung von 30,00 DM (in diesem Jahr 20,00 DM, im nächsten Jahr 30,00 DM). Oder die Frage der Steuerfreibeträge - diese zu erhöhen, geringe Einkommen von Steuern zu befreien bzw. *wenn denn Steuern zu zahlen sind*, die Eingangssteuersätze zu erniedrigen, damit nicht so viele Steuern bei einem geringen Einkommen zu

zahlen sind. Wenn man also eine Familie nimmt mit 2 Kindern und 2 Eltern dazu - werden diese Dinge abgearbeitet sein bzw. wenn sie wirksam werden, wird die Familie um 3000,00 DM im Jahr besser gestellt. Aber 3000,00 DM im Jahr ist ja immerhin ein Faktor, der wichtig ist. Natürlich ist da das Problem, dass das Geld, dass die Sozialhilfeempfänger für ihre Kinder bekommen, *nicht mehr wird*, wenn sie nicht mehr aus der Sozialhilfe kommen. Nicht alle Kinder sind in der Sozialhilfe und wir möchten auch verhindern, dass Familien hinein rutschen. Deswegen ist auch diese Regelung, denke ich, ein großer Schritt nach vorn und viel mehr als in den vielen Jahren davor passiert ist.



Natürlich ist mir darüber hinaus noch wichtig (außer dem, was ich bereits erzählt habe), dass wir versuchen, die Leistungen, die von der Arbeitslosenhilfe erbracht werden, in einem ganz anderen Zusammenhang bringen, damit es *aus einer Hand* gefördert werden kann. Ich denke bzw. die Sozialministerinnen und Sozialminister in der Bundesrepublik Deutschland sind schon seit Jahren in Diskussion darüber, wie man diese Förderungsinstrumente besser zusammenbringen kann. Institutionell an ihrer Wirksamkeit, da muss etwas gesetzgeberisches passieren. Eine ganz schwierige Aufgabe, wenn man entscheiden muss, die Mittel zu bündeln und man hat entweder alle die Familien, die da sind, im Endeffekt in der Sozialhilfe oder in der Arbeitslosenhilfe. Das heißt, liegt die Bedeutung beim Sozialamt oder beim Arbeitsamt. Und das ist eine problematische Sache, aber da muss diskutiert werden - und es muss zusammen geführt werden, denn diese unterschiedlichen Fördertöpfe sind nicht nur kompliziert. Sie sind auch, was die Zieleffekte anbelangt, nicht besonders günstig. Ein Thema, dem wir uns stellen müssen, und natürlich sind die weiteren sozialpolitischen Grundgesetzmäßigkeiten, die sich ergeben im Arbeitsmarktbereich und im Sozialhilferecht, immer wieder darauf gerichtet, die Ursachen für die Sozialhilfe und deren Inanspruchnahme zu beseitigen. Und das haben wir außerdem neben den Familien und dem Alter z.B. in den Endpunkten von Riester.

Ich weiß nicht, ob Sie das präsent haben. In den Eckpunkten von Riester zur Rentenreform ist die Grundsicherung unabhängig von der Sozialhilfe. Mit anderen Worten, wenn jemand eine Rente hat, die für ihn nicht existenzsicher ist, und er ist auch nicht wohlhabend, wenn er ins Rentenalter eintritt, wird dies geprüft. Ist dann klar, dass er nicht in der Lage ist, mit seinen erarbeiteten Rentenversicherungsbeiträgen seine Alterssicherung zu realisieren, dann bekommt er, aufgestockt aus Steuermitteln, eine Mindestrente - eine Mindestsicherung - damit er nicht sein Leben lang im Alter zum Sozialamt und zur LVA bzw. BVA muss.

Halte ich für ganz wichtig, insbesondere die Armutsfestigkeit für Frauen im Rentenalter.

Aber der wichtigste Punkt ist für mich immer - und da sind wir über die Rente auch schon dann bei den Zahlen der Rentenversicherungsbeiträge - die Arbeit. Nur durch die ist man in der Lage, Rentenversicherungsbeiträge zu zahlen.

Unabhängig davon muss ganz viel gemacht werden! Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es ermöglichen (auch auf unterschiedlichen Wegen gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen), das Möglichkeiten der Arbeit sagen wir mal die Wege geebnet werden. Und das ist natürlich klar, dass sowohl die Förderung von Arbeitsplätzen bis hin über andere Verteilungen der Arbeit, bis hin zur Förderung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit jeder Arbeitsplatz für die Sozialhilfe ganz wichtig ist. Das also zum Thema „gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen“, damit wir diese Solidarität nicht bloß beschwören, sondern sie tatsächlich umsetzen in Gesetzeswerke.



Das zweite, was ich Ihnen sagen wollte, war die Frage der Akzeptanz innerhalb der Gesellschaft. Alle diese Gesetze, alles das, was ich Ihnen erzählt habe, kommen nur, wenn es wirklich gewollt ist. Und die Frage ist - und es ist für mich eine ganz wichtige Frage - wie ist die Befindlichkeit innerhalb unserer Gesellschaft. Wenn es um Solidarität geht. Wenn es darum geht, auf den Nachbarn zu achten. Wenn es auch zum Teil um dieses

oder jenes geht. Und das muss ich sagen, gehört dies zu den höchsten Erfahrungen, die man nach der Wende gemacht hat. Wir, die in Ostdeutschland getrimmt worden sind auf Kollektiv - man kam einfach nicht daran vorbei. Man hatte immer daran zu denken, ob nun bei der Arbeit oder in der Wohnung, im Wohngebiet. Überall war von Kollektiv die Rede. Es sollte zusammen geführt werden, gelebt werden und gearbeitet werden. Und wir haben festgestellt - obwohl wir uns immer in diesem System in der Opposition befunden haben - das uns dieses Kollektivdenken geformt hat. Selbst wenn Sie die ganze Politik wegnehmen (und was schon ohnehin weg ist) - wenn Sie dieses ausklammern, bleibt die Prägung im Tiefsten drin. Es geht nicht nur um mich, sondern auch um alle anderen.

Bei mir hat es sich so ausgeprägt. Ich war echt irritiert, weil man immer denkt, man widersteht dem System und macht sich darüber lustig über das Kollektiv der Sozialistischen Arbeit usw.. Natürlich nimmt man die Auszeichnung mit, man kriegt ein bisschen Geld, man kann die nächste Kollektivveranstaltung machen. Also dies ist alles machbar, aber im Prinzip interessiert es mich überhaupt nicht. Und auf einmal stellen Sie fest in einer Situation, wie wir sie jetzt haben, dass Sie dadurch maßgeblich geprägt sind - und das es wirklich so ist. Das heute unter den Verhältnissen, wie wir sie jetzt im Osten haben, Extreme aufeinander wirken. Arbeitsbesitzer und Arbeitslose - an die

20% - diejenigen, die jetzt gut verdienen, oder selbständig sind, und die anderen, die mühsam auf 630,00 DM Jobs gelandet sind. Dieses auseinander rücken ist ganz enorm. Bei mir, bei den Ostdeutschen, wenn gesagt wird, was fehlt euch, was vermisst ihr, was sind für euch die höchsten Werte, die Umfrageergebnisse zeigen (die soll man nicht absolutieren, aber immerhin sind sie Mehrheitsdarstellungen) das 70%, 80%, 90% sagen, die soziale Gerechtigkeit, die Solidarität, das gute Miteinander. Dies ist für uns mehr Wert und dann erst kommt der Wohlstand. 29% sagen Wohlstand an erster Stelle

Es ist so, das von jeher dieses Gefühl für soziale Gerechtigkeit, für Solidarität eingeübt war, zumindest mental - nicht wie Sie jetzt sagen: „Na ich kenne ganz andere Leute im Osten“. So was kann ich mir vorstellen, aber als Naturwissenschaftlerin bewerte ich immer Mittelwerte, also die Mehrheit der Menschen, die sich äußern, die sind prägend. Ich kann auch nicht sagen, wenn ich meinen kleinwüchsigen Nachbarn frage, wie seine Durchschnittsgröße ist, sagt er mir: „Sind doch alle gleich. Ich kenne doch meinen Nachbarn!“. Wir müssen doch sehen, wie ist die Mehrheit. Daraus ergibt sich der Mittelwert, daraus sieht man das Normalmaß. Und dem zufolge ist es so, dass die Mehrheit der Menschen im Osten ein völlig anderes Verhältnis zu dieser Verantwortung haben.

Ich hoffe es erhält sich noch eine Weile und ich hoffe, auch im praktischen Handeln und nicht nur im Empfinden, wenn man mal befragt wird.



Und damit sind wir bei den großen Problemen. Ich sage Ihnen ein paar schöne Beispiele, damit Sie wissen, was ich meine. Fangen wir an mit der Verteilung der Arbeit. Die Arbeit ist knapp - weswegen sind die Menschen arbeitslos, sie kommen in die Sozialhilfe. Hätten wir Möglichkeiten, für den Arbeitsfähigen Arbeit „zu machen“, wären sie nicht in der Sozialhilfe - aber das haben wir nicht. Und nun das alte Problem - das kennen Sie alle schon - bezahlte Überstunden. Schlaue haben gesagt, würden nicht so viele bezahlte Überstunden gemacht, wären 1,6 Millionen Menschen ganzjährig in Arbeit. Die Arbeit ist da und das Geld ist da - aber es werden nie *bezahlte* Überstunden gemacht. Nun kann man natürlich sagen, das wollen die Arbeitgeber so. Na ja, dann würde ich es akzeptieren, wenn jemand seine Arbeit verliert, weil er keine Überstunden macht. Doch gucken sie sich die Einzelfälle an, dann stellen sie fest, nicht bloß die Arbeitgeber sind daran interessiert, sondern auch der einzelne Arbeitnehmer - weil er Geld verdient, weil er Geld braucht. Allein in Ostdeutschland erzählt mir jeder: Wir verdienen ja nur 80% des Westlohns, wenn wir so viel wie im Westen hätten! Oder: Wir sind in

einer besonderen Situation, wir müssen ja erst mal nachholen und aufbauen, die Wohnung in Ordnung bringen, das Auto abbezahlen, man will ja mal verreisen. Na klar, es gibt tausend Gründe, wo man sagt – in der jetzigen Situation nicht, sonst prinzipiell immer. Man sieht es ja nicht nur von einer Seite.

Aber – es **muss** doch möglich sein, das, wenn man älter wird, überlegt, kann ich nicht 50 % arbeiten; oder die Variante vom Arbeitsamt für 70% des Lohns der gezahlt wird, 90% werden Rentenbeiträge gezahlt (damit die Rente hinterher nicht zu niedrig ist). Jeder müsste normaler Weise sagen, das ist ja ein tolles Ding - ich rechne mir das mal durch, ob ich klar komme. Die Rente wird ja nicht niedriger, und 70% des Lohnes, anstatt 50% bei 50% Arbeit (man hat auch weniger Abzüge).

Aber es rechnet keiner durch, weil jeder gleich sagt, ich brauche doch das volle Geld und überhaupt, nicht bei mir.

Und da packt mich gleich die Verzweiflung. Ich sage, das ist ja keine Zumutung Sondern es ist eine Frage, ob man in der Lage ist, mit solchen alten Teilzeitmodell klar zu kommen - ich habe mehr Freizeit und außerdem tue ich auch noch etwas für die Solidarität - für die jungen Leute. Jeder müsste es probieren, ob man damit klar kommt oder nicht. Und kommt man zu dem Ergebnis, es geht nicht, ja dann geht es nicht. Aber die meisten haben erst gar nicht gedacht, sondern von vorne herein steht fest, das möchte ich nicht. Dazu kommt noch, das wir die tarifvertraglichen Regelungen haben, wo Sie deutlich mehr bekommen als 70% - allein die öffentlichen Dienste liegen über 80%.

Dazu kommt, dass in den anderen Ländern, beispielsweise in Dänemark oder in den skandinavischen Ländern, die Teilzeitarbeitsquote viel höher ist als bei uns, weil begriffen wurde „das ist eine Chance für mich“. Es ist nicht nur Geldverlust, sondern es ist eine Chance - ich habe Arbeit, ich verdiene Geld, mit dem ich auskommen kann -. Und die Lebensqualität dadurch, dass ich Freizeit habe, dass ich jetzt auch noch andere Dinge machen kann ist so toll, hat so großen Wert - und schon ist man solidarisch gewesen, ohne das man jetzt sagen muss, „das habe ich aber bezahlt“.

Es ist eine Sicht auf die Dinge!

Eine Sache muss ich schnell zwischendurch erzählen. Bei uns in Oderbruch, gleich an der Seelower Höhe, war die Endphase des 2. Weltkrieges und es blieb kein Stein auf dem anderen. Dem zu folge sind in Oderbruch die Kirchen alle kaputt. Seelow ist Kreisstadt - und der Superintendent der Stadt wollte gerne, dass endlich die Kirche, die noch renoviert worden ist zu DDR Zeiten, einen Turm wieder hat. Nun haben wir aber kein Geld, also guckt er, pffiffig wie er war, in seinen Kirchenbücher nach, ob nicht irgend einer konfirmiert oder getauft ist in der Kirche (der helfen kann). Und er wurde fündig. Herr Otto, Versandhaus Otto, war in Seelow auf der Durchreise getauft worden! Er hat sich ihm in Verbindung gesetzt, und Versandhaus Otto, inzwischen über 90 – (und für die Welt, die wir haben, relativ sozial, auch in seinem Unternehmen Versandhaus Otto) - hat den Kirchturm wieder aufgebaut. Wunderbar steht er da, mit Gaststätte in der Nähe - falls Sie mal vorbeikommen, gehen Sie rein. Herr Otto war bei der Einweihung bei uns in Brandenburg, und wir sind ins Gespräch gekommen. Sein

Vater hat nach 1945 alles gegründet in der Wirtschaftswunderphase und ihm beigebracht: „Behandle die Leute alle anständig und zahle anständig Steuern, dann geht es deinem Unternehmen gut.“ Das geht heute zu Tage als Witz über Deutschland. Wenn Sie heute zu jemanden sagen, *zahle anständig Steuern*, dann denkt er, sie ist ja auch aus dem Osten!

Aber das ist mir so wichtig. Steuern sind die Grundlage dafür, dass man Sachen umsetzt, dass man Programme entwickelt. Steuerhinterziehung ist inzwischen so gravierend; man fängt an mit tausenden legaler Steuertricks und übt sich darin, um dann die Steuer zu umgehen (und vielleicht auch ein bisschen dieses oder jenes). Und es gilt derjenige als dummlich, der seine Steuern bezahlt. Habe ich Recht? Das zur *gesellschaftlichen Befindlichkeit*.

Dazu wird man erzogen! Und verstehen Sie nun, ich will ja nicht sagen, dass das alles Egoisten sind nach dem Motto, *ich habe doch ein paar Groschen, die werde ich gleich mal verteilen*. Sondern das richtige Maß in den Köpfen! Dass man sagt: *Na klar möchte ich hier leben und möchte Geld verdienen (und es auch schön haben), aber nicht nur ich - ich sehe, dass das angemessen ist, die anderen auch leben zu lassen*". Ich habe die Hoffnung, dass wir dem näher sind als wir es denken. Die Menschen merken ja jetzt, wenn es so ist, dass viele nicht mitkommen, dann ist es auch für die noch gut Verdienenden nicht mehr gemütlich in dieser Gesellschaft. Sie haben für ihre Kinder nicht mehr die Möglichkeit, dass diese unter relativ sicheren Bedingungen zur Schule gehen können, ins Theater gehen können, auf der Straße sein können. Und dann will man die Sozialhilfe nicht? Das war doch unser Standpunkt über Jahrzehnte - warum sollte es heutzutage nicht mehr möglich sein? Ich begreife es einfach nicht.

Man muss natürlich auch sehen, dass heutzutage soviel Steuern für alles mögliche genommen wird und es immer welche gibt, die sich darum schlängeln. Der nächste Fall, den ich gerne erzählen würde, der ist für mich ganz wichtig. In Brandenburg, genau wie in den Ostländern außer Sachsen, gibt es die allgemeine Ortskrankenkasse (drin bin ich ebenfalls) mit 14,5% Beitragssatz, - Tendenz steigend - die gerade am Zusammenbrechen ist - wenn wir keinen westdeutschen Risikostrukturenausgleich hin bekommen. Und schon sind wir bei dem Thema "*solidarische Krankenversicherung*". Es sieht so aus, das mein Zahnarzt mir bei der Behandlung (und da muss ich häufig hin) sagt: „Sind Sie bei der AOK versichert? Sie könnten doch viel günstiger versichert sein.“ Verstehen Sie, die AOK ist die rigorose Vertreterin der solideren Interessen (und selbstverständlich bleibe ich in der AOK).

Ich höre dann oft „was sie sagt, ist überhaupt nicht einzusehen“ Warum ist unsere AOK pleite? Weil alle entsprechend den Empfehlungen ihrer Familien, Freunden, Bekannten, Steuerberatern oder Ärzten sich verdrückt haben aus der AOK und sind jetzt in der Barmer Ersatzkasse oder TKK und dem zufolge sind diese viel günstiger. Das ist die solidarische Krankenversicherung. Und unsere AOK ist pleite. Und ein paar „Doofe“ sind da jetzt noch drin – (und unter der Kategorie „Doofe“ zähle ich mich). Verstehen Sie - so ist es und das Problem liegt nur daran, dass die Entsolidarisierung stattfindet und auf diese Art und Weise uns die Systeme kaputt gehen - aber selbstverständlich ist es doch in der Gesellschaft so, dass man eben als dummlich gilt, weil wenn man sich nicht die Krankenkasse heraus sucht, wo man am wenigsten Beiträge bezahlt.

Mit anderen Worten, ich denke da, muss was passieren bei uns. Wir müssen *dafür werben*. Dieser Preis ist es wert - ab und zu auch etwas abzugeben -, der Preis des sozialen Frieden. Und es ist eine wirkliche Befriedigung der Gesellschaft, die nicht dazu führt, das sich ein großer Teil ausgegrenzt fühlt und diesem Frust auch Luft macht

Das dritte, was ich sagen wollte neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Befindlichkeit der Gesellschaft, sind die kleinen Initiativen. Was machen, aus dem, was wir machen können, damit auch tatsächlich etwas geschieht - wenn auch nicht im Großen (dann kann man sich auch nicht überheben). Und damit bin ich jetzt bei unseren Preisträgern. Das ist für mich eine tolle Sache.

Wir haben unsere Sozialhilfeempfänger. Wir versuchen grundsätzlich, was daran zu ändern, aber jetzt sind sie erst mal da. Wie können wir ihnen helfen? Und das ist hier ein Ansatz, der hier entsteht und passiert - einer von vielen, aber ein ganz guter. Also, allein die Tatsache, dass man sagt, wir beraten euch, wir geben euch Informationsmaterial.

Alles ist kompliziert geworden. Wenn man die Gesetzpläne liest, dann versteht man gar nichts mehr. Es ist wichtig, das man ein Kompendium hat, woraus man schlau wird, wo man nachschauen kann, was ist jetzt im Moment geltendes Recht, wie viel steht mir und meiner Familie zu an Weihnachtsgeld - oder steht es mir nicht zu? Wissen ist Macht! Als Beispiel dazu - normalerweise bei jemandem, der Einkommen bezieht, wird Weihnachtsgeld gezahlt, aber es wird nicht angerechnet, wie viel Kinder bzw. wie viele Angehörige in der Familie drin sind, sondern es werden nur einmal 100,00 DM angerechnet, und dann bekommt gar keiner Weihnachtsgeld.

Verstehen Sie, es sind lauter kleine Dinge, aber es ist eine Freude für die Familie. Auf diese Art und Weise kommt jemand evtl. in den Genuss von Weihnachtsgeld, weil da geholfen wird und beraten wird. Tolle Sache, finde ich ganz prima und deswegen sage ich herzlichen Dank! Wichtig ist ja auch immer, das man versucht, Öl ins Getriebe zu bringen, auch zwischen den Institutionen, die dafür zuständig sind. Gemeinsam da zu helfen ist ganz wichtig.

Was ich gerne noch erwähnen würde ist der Zusammenhang von „*was kann man machen*“. Das sind die Initiativen der Länder und Kommunen. Sozialhilfe zu finanzieren halte ich für eine ganz wichtige Sache. „Arbeit statt Sozialhilfe“ zu finanzieren, also das Geld, was ihnen ohnehin zusteht, für die Sicherung der Existenz aufzustocken als Tariflohn und dann Menschen auf die Art und Weise zumindest für ein Jahr in Arbeit zu bringen. Wir haben in Brandenburg (das kann ich Ihnen als ehemalige Sozialministerin sagen) viel getan. Für mich ist die Arbeit der Schlüssel zur Lösung der Probleme. Das kommt natürlich auch daher, dass wir in der DDR erlebt haben, das auch 90% der Frauen berufstätig waren und auf diese Art und Weise ein Einkommen und eine Existenzsicherung hatten. Ich denke, das ist für ein selbstbestimmtes Leben in jeden Fall nötig, auch für die Frauen. Und deswegen möchte ich immer, das diese Arbeitsmöglichkeiten erschlossen werden - auf welchen Wegen auch immer- und dafür alles zu tun. Der „Arbeit statt Sozialhilfe“ haben wir uns in Brandenburg

besonders gewidmet und sind jetzt auch glücklicherweise sowohl mit dem Landesprogramm, als auch mit den kommunalen Initiativen soweit, das wird ihnen nicht nur Geld sparen, sondern auch wirklich die Situation verbessert haben. Wenn man bei den Unternehmen sagt: „Wenn du den einstellst, dann kriegst du für ein Jahr den kompletten Lohn“ hatten wir großen Erfolg, und der Knebeleffekt ist auch groß hinterher, wenn sich jemand gut eingearbeitet hat. Die zweite Variante ist, das man Projekte organisiert und dort Sozialempfänger endlich mal wieder in Arbeit sind.

Und da sind wir beim Schluss von diesem 3. Punkt. Wenn mich die Kräfte verlassen und ich denke, alles hat keinen Sinn, und dann komme ich in ein Sozialhilfeprojekt und sehe da, insbesondere Frauen die seit der Wende, seit 8 Jahren arbeitslos und Zuhause waren, wie die aufblühten nur durch die Tatsache, das sie jetzt ein Jahr befristet wieder tätig sein können. Das gibt mir die Kraft für alles andere - und alles mögliche durch zu stehen, und das wünsche ich uns gemeinsam von Herzen, dass wir die richtige Strategie haben, sowohl bundespolitisch, gesetzgeberisch als auch in dem Durchsetzen der kleinen Projekte. Das wir dafür immer wieder die nötige Kraft haben, selbst wenn die Bedingungen nicht so toll sind, die nötige Kraft haben, durchzuhalten mit unserem Teil, mit der kleinen Initiativen - und sich bewusst zu sein, dieses ist ein Mosaikstein. Es ist kein großes Gemälde, aber ein kleiner Mosaikstein und kann dazu beitragen, das Mal ein großes Gemälde daraus wird. Man soll es nicht niedrig schätzen. Sondern ganz im Gegenteil, man soll sehen, dass man aus diesen guten Initiativen, - die erfolgreich sind-, aus dieser Basisarbeit, aus einzelnen Menschen, einzelnen Familien, das auf diese Art und Weise geholfen worden ist. Das man daraus die Kraft schöpft, weiter zu machen, das wünsche ich Ihnen von Herzen. Und so ein Mosaikstein sind Sie und ein Mosaikstein ist die Entscheidung für solche neuen Initiativen.

Weiter so und herzlichen Dank!

Friederike Schleiermacher Widerspruch e.V.

zum Thema: Über die Notwendigkeit des Widerspruchs

Sehr geehrte Frau Hildebrandt,
verehrtes Stiftungskuratorium,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



wer sich den Begriff Widerspruch lehren will, dem muss nicht nur eine kleine Sozialhilfe- Initiative in Bielefeld einfallen. In einem Lexikon finden sich zum Begriff noch weitere Eintragungen, nämlich der Widerspruch als logischer Gegensatz zwischen zwei unvereinbaren Dingen. Widerspruch als Rechtsmittel, mit dem ein Bürger eine falsche Behördenentscheidung angehen kann, und realen und dialektischen Widerspruch als philosophischen zu begründen. Insbesondere die letzte Bedeutung, über den dialektischen Widerspruch ist es nachdenkenswert, weil wir gerade im Sozialbereich, aber nicht nur dort, konfrontiert werden. Dazu ein kurzes Zitat aus dem Lexikon: „Als realer Widerspruch gilt der historische oder sozialnotwendige, dass heißt, aus dem historischen oder sozialen Wissen erklärable Sinnverkehrung von Institutionen.“

Die ethisch, politisch relevanten Ziele, für die eine Institution steht, werden eben durch diese Institutionen verhindert. Das sagt uns erst mal nicht so viel. Am Beispiel unseres Sozialstaates lässt es sich verdeutlichen. Unvereinbare Ziele sollen gleichzeitig erreicht werden. Da gibt es die ethische Aufgabe, einem Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen, so festgehalten § 1 im Bundessozialhilfegesetz. Daneben soll die gesellschaftspolitische Intention erfüllt werden, um den sozialen Frieden zu bewahren. Und als wäre das als Anforderung noch nicht genug, soll gleichzeitig das volkswirtschaftliche Ziel, die Kostenersparnis bzw. Kostenbegrenzung, erreicht werden. Mindestens zwei dieser Maßgaben schließen sich aber gegenseitig aus. Wer sich nicht selbst helfen kann, hat Anspruch auf staatliche Unterstützung, die es ihm ermöglicht, ein Leben in Würde zu führen. Aber was würde es kosten, wenn sich diese Kernaussage des Bundessozialhilfegesetzes herumsprechen und wirklich alle Berechtigten diese Leistung verlangen würden?

Wir wissen es nicht genau, aber Untersuchungen gehen davon aus, dass nur die Hälfte aller Berechtigten tatsächlich Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Damit eben nicht alle Sozialhilfe bekommen, damit die Kosten begrenzt werden, muss die Hemmschwelle, Sozialhilfe zu beantragen, möglichst hoch erhalten werden. Dies geschieht zum einen, indem das Ansehen der Sozialhilfeberechtigten in unserer Gesellschaft bewusst gedrückt wird. *Nicht arbeiten können* wird mit *nicht arbeiten wollen* gleichgesetzt. Das es schlicht weg zu wenig Arbeitsplätze gib, dass ein Drittel der

Sozialhilfeberechtigten Kinder und Jugendliche sind, die nicht arbeiten können und auch nicht sollen, das es viele Alleinerziehende gibt, die erst einmal nicht arbeiten können, oder das ein Grossteil der Sozialhilfebeziehenden durchaus arbeiten, aber nicht genug für sich und für die Familie verdienen wird in der öffentlichen Berichterstattung unterschlagen. Wenn tatsächlich vereinzelt Auftreten von Missbrauch der Sozialhilfe stattfindet, wird es dagegen sogleich dargestellt.

Dabei wird der Öffentlichkeit glauben gemacht, wir würden Unmengen von Steuergeldern verschwenden und das eigens kreierte Unwort „Sozialschmarotzer“ schleicht sich in die Besinnung der Allgemeinheit. Potentielle Antragsteller werden zum anderen aber auch durch die Verwaltungspraxis abgeschreckt. Die Behandlung dieser Menschen innerhalb des Sozialamtes zu erfahren unterscheidet sich von der Umgehensweise der bei Krankenkasse oder beim Versorgungsamt, um weitere Sozialleistungsträger zu nennen. Die Prüfung der Bedürftigkeit, die das Sozialamt vornimmt, ist sehr viel weitreichender als bei den anderen Sozialleistungsträgern. Es geht nicht nur um die Finanzlage, sondern die Antragsteller müssen intime Details ihres Lebens preisgeben, um ihre Hilfe zu erhalten. Die Angaben, die sie machen, stoßen auf ein System des Misstrauens, dass für die Betroffenen sehr schwer zu ertragen ist. Nicht selten sind sie unterschwellig oder offen mit dem Vorwurf konfrontiert, ihre Notlage selbst verschuldet zu haben. Oder ihre Anträge werden als lästig empfunden und auch schon mal abgewimmelt. So sind sie gezwungen, die Anträge in einer Penetranz vorzubringen, die ihnen selbst peinlich ist, und das Gefühl hinterlässt, beim Sozialamt um Almosen bitten zu müssen. Folge ist, dass ein Großteil der Anspruchsberechtigten lieber in Armut lebt, als um Sozialhilfe zu betteln. Und das erweist sich als fürchterlich beschämend, die Leistungen in Anspruch nehmen zu müssen. So kann die gesetzliche Aufgabe der Sozialhilfe nicht erreicht werden.

Um wieder auf den dialektischen Widerspruch zu kommen, öffentliche Institutionen können gar nicht anders, als primär Interessen des Stärkeren mit denen der größeren Logik wahrzunehmen. Und je mehr Mitarbeiter in diesen Institutionen mit den Nöten der Schwächeren konfrontiert werden, desto ausgeprägter ist auch der Widerspruch spürbar für sie und nicht selten auch mehr oder weniger wird dieses Unbehagen erlebt. Und aus diesem Dilemma heraus entstand 1985 der vereinte Widerspruch der Frauen. Die Gründungsmitglieder wollten ein Gegengewicht schaffen und die Position der Sozialhilfeberechtigten stärken. Und dieses ist auch heute noch die erklärte Aufgabe des Vereins. Vielleicht ist es gar nicht notwendig, aber wir möchten es an dieser Stelle noch einmal erklären.

Entgegen der anfänglichen Befürchtungen der Personalvertretung der Stadt ging und geht es nicht darum, die Arbeit der Angestellten des Sozialprogramms zu determinieren, sondern eine Logik für die sozial Schwächeren zu schaffen. Dazu würde die Öffentlichkeit über die soziale Ungerechtigkeit und widersprüchliches informiert und über Sozialleistungsansprüche aufgeklärt. Bereits nach kurzer Zeit zeigte sich ein großer Bedarf an individueller Beratung, stieg danach kontinuierlich an bis heute über 1.700 im Jahr.

Da wir Aktiven uns bereits in der zweiten Generation des Vereins befinden, können wir nicht mehr genau sagen, für welche Bedeutung der Begriff „Widerspruch“ für den Namen des Vereins stand. In der Öffentlichkeit steht der Verein vor allem für die Bedeutung, eine andere Meinung zu vertreten. Eine andere Meinung vertreten, wenn es um die Diskriminierung von Menschen geht, die in Armut leben. Eine andere Meinung vertreten, wenn es um entwürdigende Behandlung Betroffener geht. Was die alltägliche Arbeit betrifft, so ist dieses Synonym wohl auch zutreffend. Darauf zumindest verlassen sich die Menschen, die unsere Beratung nachfragen.

Viele kommen zu uns, bevor sie einen Antrag auf Sozialhilfe stellen. Denn sie vertrauen darauf, dass wir die Zeit und das Bestreben haben, sie umfassend über ihre Rechte und Pflichten zu beraten. Andere, die bereits Sozialhilfe beziehen, kommen, um sich beispielsweise einen Bescheid vom Sozialamt, der unverständlich ist, erklären zu lassen.

Das Übersetzen von Bescheiden ist ein wichtiger Aspekt der Beratung, denn die Entscheidung der Ämter, nicht nur der Sozialämter, sind häufig in unverständlichem Juristen-Deutsch verfasst. An der computererstellten Beschreibung über die Höhe der monatlichen Sozialhilfeberechnung können selbst Mathematiker verzweifeln. Die Anrechnung von Einkommen, Kindergeld, Wohngeld, sowie Höhe der übernommenen Miete sind ohne spezielle Kenntnisse überhaupt nicht nachvollziehbar. So haben die Berechtigten keine Chance, die Sozialhilfezahlung selbst zu überprüfen und dabei wird ihnen auch die Möglichkeit genommen, eine eventuelle fehlerhafte Entscheidung zu erkennen. Wenn fehlerhafte Entscheidungen nicht erkennbar sind, so wird auch das für diese Fälle vorgesehene Rechtsmittel des Widerspruchs nutzlos.

Der Widerspruch ist eine legale Möglichkeit, mit der jeder Bürger die fehlerhafte Behördenentscheidung angehen kann. Um die Bedeutung dieses Rechtsmittels für Sozialhilfeberechtigte heraus zu stellen, muss ich nun kurz in die staubige Kiste des Verwaltungsrechts greifen. Wenn eine Behörde eine falsche Entscheidung getroffen hat, so kann ein Bürger dagegen entweder innerhalb eines Monats Widerspruch einlegen oder, wenn er den Fehler erst später bemerkt, einen Antrag auf Änderung des falschen Bescheides stellen. Bei der Sozialhilfe gibt es die letzte Möglichkeit aber nicht, denn per Gesetz ist die Zahlung von Sozialhilfe für die Vergangenheit grundsätzlich ausgeschlossen. Deshalb ist bei der Bewilligung von Sozialhilfe der Widerspruch in der Regel die einzige Möglichkeit, eine falsche Amtentscheidung anzugehen. Versäumt jemand aus Unkenntnis heraus die Widerspruchsfrist von einem Monat, so wird ihm nach dem Prinzip *gelebt ist gelebt* kein Geld für die Vergangenheit nachgezahlt, auch wenn eigentlich ein Anspruch darauf bestanden hätte. Das Rechtsmittel des Widerspruchs ist deshalb bei dem oben genannten Prinzip *gelebt ist gelebt* (das immer wieder als Ungerechtigkeit empfunden wird) die einzige Möglichkeit, und kann nur durch sozialpolitische Entscheidungen verändert werden. Hier bleibt uns nur, durch Öffentlichkeitsarbeit auf die logischen Widersprüche hinzuweisen und uns der politischen Änderungen anzunehmen.

Dazu noch zwei Beispiele: Arbeitslosigkeit und daraus resultierender Sozialhilfeanspruch bei jungen Menschen soll abgebaut werden. Dazu hat die Bundesregierung ein Milliarden schweres Programm „Jugend in Arbeit“ aufgelegt, um Qualifizierung und vor allem Ausbildungsplätze zu schaffen. Gleichzeitig können Auszubildende in der Regel keine Sozialhilfe erhalten. Das bedeutet für einen alleinstehenden Friseurlehrling, der von seinem Lehrlingsgehalt die Wohnung und den Lebensunterhalt nicht bezahlen kann und deswegen ergänzend Sozialhilfe beantragt, dass er aufgefordert wird, seine Ausbildung abzubrechen, ansonsten kann er keine ergänzende Sozialhilfe bekommen. Das gleiche erfährt die alleinerziehende Studentin, die wegen der Kindeserziehung die Regelstudienzeit überschritten hat und kein Bafög mehr erhält, um das Studium absolvieren zu können. Auch sie würde dann im Sozialamt abgewiesen werden.

Und als zweites Beispiel, die Zahlen sollten Ihnen bekannt sein: ein Drittel aller Sozialhilfeberechtigten in der Bundesrepublik sind Kinder und Jugendliche, insgesamt etwa eine Million - oder anders herum ungefähr jedes 13. Kind lebt von Sozialhilfe, also von Existenzminimum.

Seit Anfang 1996 ist das Kindergeld für das erste Kind von 70,00 DM auf 250,00 DM gestiegen. Diese Erhöhung kam allen berechtigten Kindern zu Gute, auch denen, deren Eltern Einkommensmillionäre sind - nur nicht den sozialhilfeberechtigten Kindern, denen das Kindergeld in voller Höhe von der Sozialhilfe abgezogen wird. Es geht hier nicht darum, die eigentlichen gesetzlichen oder finanziellen Schwierigkeiten zu erörtern, die sich ergeben, sondern wie man diese Situation ändern will. Das können wir gerne mit interessierten Politikern und Medienvertretern an anderer Stelle tun. Es geht hier darum, logische Widersprüche aufzuzeigen und Widerspruch dagegen zu erheben. Aber vielleicht sollten wir es jetzt nicht beim Widerspruch bewenden lassen.

Ob und wie weit das Kindergeld zusätzlich auf die Sozialhilfe aufgerechnet werden soll wird in Berlin entschieden. Es ist die Rede davon, das die Erhöhung um 20,00 DM für das Kindergeld künftig bei der Sozialhilfe frei bleibt. Aber diese Entscheidung können wir hier von Bielefeld aus beeinflussen. Deshalb haben wir uns überlegt, eine Möglichkeit aufzuzeigen, wie wir es direkt hier vor Ort verwirklichen können. Der Rat der Stadt legt jedes Jahr die Höhe der Weihnachtsbeihilfe für die Sozialhilfeberechtigten in Bielefeld fest. In den letzten 5 Jahren betrug sie 136,00 DM für die sogenannten Haushaltsvorstände und für die Angehörigen, für jedes Kind/jeden Jugendliche 68,00 DM pro Person. Für uns besteht kein ersichtlicher Grund, dass die Kinder zu Weihnachten nur eine *geringere Beihilfe* brauchen. Deshalb möchten wir den Rat der Stadt auffordern, für 1999 und für die Zukunft die Höhe der Weihnachtsbeihilfe für alle Kinder und Jugendliche auf dieselbe Höhe wie für die Haushaltsvorstände rechtsverbindlich festzusetzen. Finanziert müsste ein solcher Beschluss, das ist uns natürlich bewusst, deswegen sind wir bereit, 1/10 des Preisgeldes, was uns heute überreicht wurde, der Stadt als Anschlussfinanzierung zur Verfügung zu stellen. Alle Anwesenden möchten wir bitten, mit ihrer Unterschrift an unserem Infostand unseren Vorschlag an den Rat und der Verwaltung der Stadt Bielefeld zu unterstützen. Wir werden die Liste dann anschließend Oberbürgermeister David und Herrn Gabrecht als Vorsitzender des Sozialausschuss weiterreichen.

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, wir hoffen, dass wir Ihnen und euch die Notwendigkeit des Widerspruchs in seinen verschiedenen Bedeutungen etwas näher bringen konnten. Die Notwendigkeit der Arbeit des Vereins Widerspruch wird nicht zuletzt durch die heutige Verleihung des Förderpreises der Solidarität anerkannt. Die mit der preisverbundenen Würdigung unsere Arbeit bedeutet für uns alle, dass die Menschen, für die wir uns einsetzen, in den Mittelpunkt gestellt werden. Dass ihre Interessen anerkannt und ihr Recht, in Würde zu leben, betont wird. Mit der Auszeichnung wird aber auch die ehrenamtliche Arbeit geehrt, ohne die unser Verein nicht auskommen kann.

Alle Ehrenamtlichen, die mit uns tätig waren oder es immer noch sind, werden an dieser Stelle für ihr Engagement bedacht. Ebenso danken wir all diejenigen, durch dessen finanzielle Unterstützung unsere Arbeit über die Jahre hinweg möglich war und in Zukunft sein wird.

Insbesondere danken wir natürlich dem Stiftungskuratorium für die Verleihung des Förderpreises, der unsere Arbeit sicherlich nicht nur finanziell weiterbringt. Natürlich hilft uns das Preisgeld auch, unsere Arbeit fortzusetzen, und da wir gelernt haben, finanzielle Mittel äußerst effektiv einzusetzen, sind wir auch in Zukunft durchaus zuversichtlich.

Ich danke Ihnen

Grußwort des Bürgermeisters, Dr. Rainer Wend

(ursprünglich als 2. Redner eingeplant, aber aus Termingründen als letztes gesprochen)

Sehr geehrte Preisträger,
sehr geehrte Frau Dr. Hildebrandt,
meine Damen und Herren,

das ist unhöflich, dass der Vertreter der Stadt zum Schluss redet. Eigentlich redet er zu Anfang - aber ich glaube, es ist sicherlich richtig, dass eine solche Veranstaltung nicht ohne ein Schlusswort der Stadt Bielefeld beendet wird.

Ich darf Ihnen die Grüße vom Rat und der Verwaltung der Stadt ganz herzlich überbringen. Dass der Förderpreis heute zum dritten Mal vergeben worden ist, und dass die erste Preisträgerin die Laudatio gehalten hat - darüber freue ich mich nicht nur selbst persönlich. Ganz herzlich habe ich eben hier noch den Beifall gehört. Ich glaube, der galt ihr auch besonders.

Meine Damen und Herren: Regine Hildebrandt - ich will doch noch ein Wort darüber verlieren - ist nicht nur Synonym als die „Stimme des Ostens“. Ihre offene, direkte und unverwechselbare Person

steht für soziale Gerechtigkeit auch weit darüber hinaus in unserem Land und auch über Parteigrenzen hinweg. Dafür, das Sie heute hier waren, aber auch für Ihre Werte, glaube ich, dass ich auch im Namen aller Ihnen noch einmal recht herzlichen Dank sagen kann.

Ganz besonders freue ich mich jedoch, das der diesjährige Preis der Solidarität in Bielefeld bleibt. Als Kommunalpolitiker ist man natürlich ein Stückchen weit *Sozialpatriot*. Stellvertretend für alle vergleichbaren Beratungen und Selbsthilfeorganisationen glaube ich, dass der Verein „Widerspruch“ heute zu einem unverzichtbaren Bestandteil der sozialen Landschaft in Bielefeld geworden ist. Er ist ein, wie man so schön sagt, „unbequemer“ Verein. Aber ich glaube, wenn man einen Konsens in der sozialer Politik, auch in dieser Stadt, bewahren und weiter entwickeln will, dann gehört dazu das gegenseitige Verständnis. Konsens kann ich nur entwickeln, wenn die unterschiedlichen Positionen in einer klaren Bilanz sind und benannt werden. Insofern ist der Verein „Widerspruch“ überparteilich und konsequent bei der Wahrnehmung der Interessen und Durchsetzung von Sozialhilfeberechtigten. Dieses Rollenverständnis jedoch zu akzeptieren ist der Verwaltung und der Politik in den zurückliegenden Zeiten nicht immer leichtgefallen, das will ich auch ehrlich eingestehen.

Inzwischen ist jedoch die Kompetenz insbesondere des Vereins bei der Beratung auch auf Seiten der Verwaltung unbestritten. Ihr Engagement ist bemerkenswert. Und ich darf Ihnen auch im Namen der Stadt den Dank aussprechen für Ihre Arbeit und für den Preis und auf das Herzlichste gratulieren.

Die Sozialpolitik, meine Damen und Herren, die Sozialversicherungssysteme stehen insgesamt im Mittelpunkt auch der politischen Diskussionen in unserem Land. Dabei ist im Kernpunkt die Frage, was ist soziale Gerechtigkeit und wie können wir uns das leisten? Manche Diskussionen um die notwendigen Veränderungen an den Sozialversicherungssystemen werden jedoch (und vielleicht bin ich jetzt nicht nur der „Grußonkel“ der Stadt, sondern auch derjenige, der politisch etwas benennt) für mich in einer Art und Weise geführt, die nur den Schluss zulassen, dass diejenigen nicht auf die Rente der LVA, der Gesundheitsleistung der AOK, der Arbeitsvermittlung des Arbeitsamtes oder von den Leistungen der Sozialhilfe angewiesen sind. Aber manche wissen auch aus der Praxis, und hier sind viele im Raum, die das wissen, wie schnell jemand einer von den Letzten sein kann.

Mein Appell geht immer dahin, die *gesamten* gesellschaftlichen Realitäten in Gänze aufzunehmen und all die damit verbundenen Probleme wie die Ausgegrenztheit, die Armut, die Abhängigkeit auch von der Sozialbürokratie, die Abhängigkeit der Problemlagen untereinander, insbesondere der zweiten Sozialhilfegeneration - aber auch des Leistungsmissbrauches.

Meine Damen und Herren, wir stehen heute - und da ist Politik, Sozialpolitik insbesondere gefragt (und kreativ gefragt), vor der Aufgabe des sozialen Ausgleichs zwischen Jung und Alt, Arm und Reich, Arbeitnehmer und Arbeitslosen. Die Antwort des Weltmarktes, andere würden an dieser Stelle sagen Globalisierung, gleichzeitig zu verknüpfen mit den knappen staatlichen Mitteln. Sicherlich der Staat bei denjenigen, die weniger haben. Aber auch bei denjenigen, die mehr haben, mit Eigenverantwortung.

Das insgesamt, meine Damen und Herren, ist unser aller, auch gemeinsamer Auftrag. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen für die Zukunft eine gute gemeinsame Arbeit.

Danke schön!



Pressespiegel

Westfalen-Blatt vom 13.11.99

„Förderpreis für Solidarität“ verliehen

Widerspruch – der Name steht auch fürs Konzept

Bielefeld. Sie sind geübt im Widerspruch für jene, die als Sozialhilfeempfänger ihr Recht bekommen sollen und gerade diese Fähigkeit wollen sie auch künftig pflegen. Für das bisher Geleistete und für das vorbildhafte Wirken hat der Bielefelder Verein Widerspruch e.V. - Sozialberatung gestern den „Förderpreis der Solidarität“ bekommen. Während der Preisverleihung im großen Saal des Neuen Rathauses ermunterte Festrednerin und Preisträgerin 1997, Dr. Regine Hildebrandt, den Verein, in seinem Engagement nicht nachzulassen.

Seit 1985 existiert der Verein Widerspruch e.V., der ausschließlich ehrenamtliche Arbeit leistet und dessen Beratungsstelle nur hin und wieder eine ABM-Förderung bekommt. Neben der tatkräftigen persönlichen Beratung von Sozialhilfeempfängern – als Hilfe zur Selbsthilfe – geht es auch um Ausklärung. Herauszuheben ist der Leitfaden, den der Verein herausgibt und regelmäßig aktualisiert.

Der Vorschlag an das Kuratorium der in Bielefeld ansässigen Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut die den Preis zum dritten Mal ausgelobt hatten, kam vom Sozialpfarramt des Kirchenkreises Bielefeld. In der schriftlichen Begründung weist Pfarrer Eberhard Hahn darauf hin, dass der Verein den Sozialhilfeempfänger als Leistungsberechtigten und Kunden sehe.

Dr. Regine Hildebrandt, von der Stiftung als Gastrednerin eingeladen, nutzte die Gelegenheit, um ihre Gedanken über Solidarität und deren aktuellen Stellenwert in der Gesellschaft darzulegen. trotz aller Hindernisse und Widrigkeiten des Alltags, mit denen auch überzeugte Sozialpolitiker zu kämpfen hatten, rief sie zum Durchhalten auf. „Auch millimeterweise geht's letztendlich voran“. In ihrer typisch lockeren Art bekannte die ehemalige Sozialministerin von Brandenburg auch, dass sie gelegentlich die blanke Verzweiflung packe, wenn sie den Mangel an Solidarität sehe. „Da gibt es wieder Kraft, wenn ich Initiativen wie den hier ausgezeichneten

Verein und seine arbeit sehe. Es ist ein Mosaiksteinchen, dass auch zu einem großen Gemälde beiträgt.“

Neue Westfälische vom 13. November 99

Wichtiger Mosaikstein im Gesamtgemälde

Förderpreis Solidarität für Verein Widerspruch

Bielefeld. Mit dem 30.000 Mark dotierten „Förderpreis der Solidarität“ der „Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut“ wurde gestern der Bielefelder Verein „Widerspruch“ ausgezeichnet. Festrednerin Dr. Regine Hildebrandt, Preisträgerin des Jahres 1997, wünschte den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern „die Kraft“, ihre wichtige Beratungsarbeit für Sozialhilfebezieher auch künftig weiter leisten zu können.

Die frühere Arbeits- und Sozialministerin des Landes Brandenburg nannte die Einführung der Sozialhilfe in den 60er Jahren eine „tolle Gemeinschaftsleistung“ und ein Beispiel der Solidarität.

Unsere Gesellschaft stehe jetzt vor der Frage, wie viel Solidarität sie – nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis – weiterhin wolle.

die soziale Grundabsicherung der Bürger durch Sozialhilfe sei immer ein „Standortvorteil“ gewesen, denn sie sichere den sozialen Frieden. Gehe der verloren, sei auch für die Gutverdienenden „Schluss mit gemächlich“. Dem Verein „Widerspruch“ bescheinigte sie, seine Arbeit sei „eine tolle Sache“. Gerade kleine Initiativen seien wichtige „Mosaiksteinchen“ im großen Gesamtgemälde.

Als Vorsitzender des Stiftungskuratoriums, das über die Preisvergabe entscheide, erklärte DGB-Chef Jürgen Fordermann: „Geehrt werden sollen Personen oder Institutionen, die sich in einer Zeit wachsender sozialer Kälte gegen den Trend verhielten.“ Widerspruch stehe seit 1984 Menschen in Not beratend zur Seite und ver helfe ihnen, ihre berechtigten Ansprüche durchzusetzen. Er könne als nachahmenswertes Beispiel dienen.

Das Preisgeld helfe, die ehrenamtliche Arbeit fortzusetzen, erklärte Friederike Schleiermacher als Sprecherin von „Widerspruch“ in ihrer Dankesrede. Und dann kündigte sie gleich an, 3.000 Mark sollten der Stadt Bielefeld zur Verfügung gestellt

werden: als „Anschub-finanzierung“ für die Erhöhung der Weihnachtsbeihilfe für Kinder und Jugendliche.

Es gebe keinen ersichtlichen Grund, warum junge Menschen zu den Festtagen nur 68 Mark bekommen; ein Betrag, der zudem seit fünf Jahren nicht mehr angehoben worden sei. Der Rat der Stadt möge beschließen, ihnen ab sofort – wie den Haushaltsvorständen – 136 Mark zu zahlen.